Redigirt täglich 11 Uhr Früh. Ueber in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummer 10 Pfge.
Auflage 36000 Exemplare.
Für Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

# Dresdner Nachrichten

## Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

**Koppel & Co.,**
**Bankgeschäft,**
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

**Nacht-Telegramme.**

**Berlin**, 10. Mai. Reichstag, Abendsitzung. Die Elbschifffahrtsacte wurde auf Antrag der Abgg. Windthorst und Delbrück an die Commission zurückverwiesen, dafür stimmten das Centrum, der Fortschritt, größtentheils die Liberalen und die Socialisten. Zur strafrechtlichen Verfolgung der „Pfälzischen Volkszeitung" und des „Nürnberger Tageblattes" wegen Beleidigung des Reichstages wurde die Genehmigung versagt. Nachdem Präsident Arnim eine Uebersicht der Arbeiten dieser Session gegeben und das Haus dem Präsidenten, dieser allen Vorstandscollegen gedankt, verlas der Vicekanzler Graf Stolberg eine kaiserliche Botschaft, die den Schluß des Reichstages befiehlt, worauf mit einem Hoch auf den Kaiser die Session geschlossen ward.

**Straßburg**, 10. Mai. Die „Straßb. Ztg." veröffentlicht die Namen der 12 aus allerhöchstem Vertrauen auf 3 Jahre berufenen Mitglieder des Staatsraths für Elsaß-Lothringen. Es sind dies neben dem Chef des Generalstabes des 15. Armeekorps und den Professoren Laband und Gerken, 9 Elsässer beziehungsweise Lothringer, darunter der Präsident und 7 Mitglieder des Landesausschusses, sowie der frühere Reichstagsabg. Bergmann.

**Ed. Hirschfeld's**
**Reitbahn und Tattersall und Pensionsstallungen**
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pensionspferden.

**Nr. 132. 25. Jahrg. 1880.** Witterungsaussichten: Veränderlich, vorwiegend wolkig bis trübe, kühl, zeitw. Niederschl. **Dresden. Dienstag, 11. Mai.**

### Politisches.

Welch ein Wiedersehen! Vor 10 Monaten verließ Fürst Bismarck den Reichstag siegesfreudig, hoffnungsreich. Im Mai erscheint er in ihm wieder, aber elegisch, sentimental, müde, todtmüde. Wenige hatten ihn überhaupt noch in dem jetzigen Reichstage erwartet, so jedoch Niemand. Auch war der Anlaß dazu, daß Fürst Bismarck seinen Groll gegen das Parlament verwand, seine Antipathie gegen den Parlamentarismus überhaupt unterdrückte, seine persönlichen Empfindungen gegen einzelne verhaßte Abgeordnete schweigen ließ, kein so dringender. Die revidirte Elbschifffahrtsakte! Ihre Bedeutung ist gewiß nicht zu unterschätzen, aber Samoa, das Tabaksmonopol, das Sozialistengesetz, die Steuervorlagen hätten weit eher das Erscheinen des Kanzlers vor der Volksvertretung gerechtfertigt. Daß nicht Krankheit das Fernbleiben verschuldete, lehrte seine körperliche Rüstigkeit und Munterkeit bei Diners und Soiréen, zeigte sein kraftbewußtes Auftreten im Reichstage selbst. Fürst Bismarck's äußere Erscheinung, Aussehen und Haltung, Organ und Bewegungen, Sprechart wie Angriffsweise sind genau dieselben im Mai 1880, wie im Juli 1879. Auch verweilte der Kanzler nicht lange bei der zur Debatte stehenden Frage: Ob die Zollgrenze auf dem Elbstrom durch einseitige Verordnung des Bundesrathes zu ziehen sei oder dazu ein mit dem Reichstage zu vereinbarendes Gesetz gehört? Er that diese Frage mit der unseres Erachtens durchschlagenden Bemerkung ab, daß derselbe Delbrück, der jetzt als Abgeordneter eine gesetzliche Regelung verlangt, als er noch Reichskanzleramtspräsident war, eine Verlegung der Zollgrenze einzig durch Beschluß des Bundesrathes herbeiführte, ohne die Sache an den Reichstag zu bringen. Ebensowenig ging er auf die Folge der neuen Elbschifffahrtsakte ein, die für Hamburg einen Druck zum Aufgeben seiner Freihafenstellung bedeutet. Der Hauptzweck seines Erscheinens vor den Abgeordneten war ein Weheruf über das behauptete Anwachsen des Partikularismus und die Ankündigung seines Entschlusses, bei der Fortdauer des vielfachen Widerstandes gegen ihn, um seine Entlassung zu bitten.

Schade, daß Fürst Bismarck sofort nach seiner Rede den Reichstag verließ! Das Zischen, mit dem man seine Anklagen und Klagen aufnahm, hat er wohl noch gehört, nicht aber die Entgegnungen darauf. Windthorst meinte, es sei „Sitte", daß Jemand, der solche Anklagen erhöbe, auch die Antworten darauf persönlich anhöre. Der Hamburger Abg. Wolffson antwortete schlagfertig, daß Bismarck mit seiner Klage über den Partikularismus nur dann Recht habe, wenn man Alles das, was sich seinem Willen entgegensetze, partikularistisch nenne. Windthorst fügte hinzu, daß wenn Bismarck jede Partei, die sich ihm nicht immer gefügig erweise, partikularistisch schelte, dann es viel richtiger gehandelt sei, wenn er lieber gleich die ganze Volksvertretung abschaffe. Diesen Ansichten wird man in dem größten Theile des Volkes beipflichten und Bismarck's Klagen über die Macht des Partikularismus werden wohl kaum im Lande ein lebhaftes Echo erwecken. Der Reichskanzler warnte namentlich vor dem Centrum. Aber gerade der bundesstaatliche Charakter dieser starken Partei, die sich stets und bei allen Anlässen dem Einheitsstaate widersetzte, ist es, der ihr auch bei den Deutschen evangelischen Glaubens unausgesetzte Sympathie erwirbt. Wir Protestanten sehen gar oft über die spezifische Glaubensrichtung unserer katholischen Brüder im Centrum hinweg, weil das Centrum, ohne alle Ausnahme mannhaft für die Rechte der Einzelstaaten und ihrer Fürsten eintrat und dabei sich sehr vortheilhaft von den Conservativen und der Fortschrittspartei unterschied, innerhalb deren dies oft nur die nichtpreußischen Mitglieder thaten. Reichsfeindlich aber kann man das Centrum nicht nennen, denn es hat die Schutzzollpolitik kraftvoll vertreten, welches die nationale Arbeit im Vaterlande wieder zu Ehren bringt und den Reichskassen eine Jahreseinnahme von 130 Millionen Mark zuführte. Dem Fürsten Bismarck wäre auch gar nicht beigekommen, das Centrum den Thurm zu nennen, von dem aus man die Mauerbrecher gegen ihn richte, wenn nicht die nationalliberalen Freihändler gemeinsame Sache mit demselben machten. Aber Fürst Bismarck darf sich über solche widernatürliche Bündnisse kaum beschweren. Er hat zu oft die Parteikarten durcheinander gemischt, er hat es nacheinander mit allen möglichen Parteien versucht, von den reactionärsten Junkern angefangen bis zu der Lassalle'schen Sozialdemokratie, daß es ein Wunder wäre, wenn er sich nicht auch Gegner erweckt hätte.

England ist durch ein seltsames Wahlergebniß überrascht worden. Sämmtliche zu Ministern ernannte Abgeordnete müssen sich einer Neuwahl unterziehen. Es ist Sitte, daß die gegnerische Partei auf das Gegenüberstellen eines Candidaten verzichtet. Bei allen zu Ministern beförderten Whigs hielten die Tories an diesem Brauche fest. Dieselben wurden denn auch in ihren Wahlkreisen ohne Widerspruch wiedergewählt. Nur bezüglich des in Oxford gewählten, inzwischen zum Minister des Innern ernannten Sir William Harcourt wichen die Tories von dieser Sitte ab. Derselbe hatte bei der ersten Wahl nur mit einigen wenigen Stimmen gesiegt, weil einige auf seinem Torygegner, Mr. Hall, gefallene Stimmen wegen geringer Formfehler für ungiltig erklärt worden waren. In der Nachwahl fiel nun der Minister durch. Tritt nicht ein anderer gewählter Whig für ihn zurück, so verliert er zugleich Parlamentssitz und Ministerium, was außer ihm wohl nur wenige Engländer bedauern. Gladstone's Kabinet erhält aber durch diese unerwartete Wahlniederlage eines seiner einflußreichsten Mitglieder noch vor Beginn seiner amtlichen Wirksamkeit eine scharfe Warnung. Einstweilen thut das Parlament nichts weiter, als seine Mitglieder sich einschwören zu lassen. Alle thun dies, außer dem Gottesleugner Bradlaugh. Diesem ist der liebe Gott und Bradlaugh darum vielen seiner Collegen anstößig. Doch wird nicht viel übrig bleiben, als auf sein Angelöbniß mit dem Schlußsatze: „So helfe mir Gott" zu verzichten und es bei dem Handgelöbniß bewenden zu lassen.

Der nach Konstantinopel geschickte Spezialgesandte, Göschen, oder wie er sich in Verleugnung seiner deutschen Abstammung schreibt: Goschen, findet die Türkei dem Anscheine nach willig zu allerhand Versprechen. Der Vergrößerung Griechenlands will sich der Sultan anscheinend nicht widersetzen, ob er aber ganz Epirus und Thessalien abtreten wird, was England gemeinsam mit Frankreich verlangt, ist doch sehr fraglich. Freilich erlebt der Sultan, daß seine getreuesten Unterthanen, die Albanesen, sich freiwillig von ihm trennen und sich als unabhängig erklären. Europa wird gegen ein freies Albanien nicht viel einzuwenden haben, wenn sich dieses mit Montenegro verträgt, d. h. ihm die im Berliner Vertrage ausgemachten Gebietstheile abtritt. Dem widersetzen sich nun aber die Albanesen, und mit guten Gründen. England schlägt eine Commission zur Schlichtung dieser Streitfrage vor. Das ist gewiß im allgemeinen Interesse. England sollte aber auch dafür sorgen, daß Rußland die vertragsmäßige Schleifung der bulgarischen Festungen vornimmt und Batum, den größten Hafen am Schwarzen Meere, in einen Handelshafen verwandelt.

### Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

**Berlin**, 10. Mai. **Reichstag.** Die Tribünen sind überfüllt. In fortgesetzter Berathung über die **Elbschifffahrtsacte** nimmt v. Kardorff das Wort, um unter lebhaften Widerspruchsbemerkungen des Centrums dem Abg. Dr. Windthorst zu antworten. Kein Augenblick sei übrigens ungeeigneter, die alten Differenzen sich gegenseitig vorzuwerfen, als der gegenwärtige, wo die entgegenstehenden Parteien nach einer Einigung streben. Die Ausführungen des Reichskanzlers hätten die Dürftigkeit der Delbrück'schen Argumente klar erwiesen. Er könne nicht zugeben, daß die nationale Bewegung eine schwächere geworden, wie Bismarck gesagt; dieselbe sei nur in ein ruhigeres Bett gelangt. Wohl aber habe sie in den Hansestädten abgenommen. Lübeck sei klug genug gewesen, sich dem Zollgebiet anzuschließen und, während der Handel Hamburgs und Bremens in den letzten 7 Jahren gradatim heruntergegangen, sei Lübeck emporgeblüht. Die Abstimmung werde ergeben, ob der Reichstag dem Appell an den Partikularismus oder dem Appell an die nationale Gesinnung Folge geben werde. Dr. **Virchow** ist dem Vorredner für seine Erklärung dankbar, daß es sich um einen Angriff gegen die Freihafenstellung Hamburgs handle, obgleich diese Erklärung mit der des Reichskanzlers im Widerspruch zu stehen scheine. Es sei dies einer der dunklen Punkte, über den zwischen den entscheidenden Faktoren, Bundesrath und Reichstag, keine Klarheit herrsche; ob der dritte Faktor, der Kaiser, richtig unterrichtet sei, könne man jetzt nicht wissen. Es handle sich hier darum, das nationale Recht zu schützen. Nur der Rechtspunkt komme in Frage, nicht die Frage, ob die Freihandelsstellung Hamburgs für Hamburg oder das Reich ersprießlich sei. In letzterer Beziehung würde er sich sehr gern belehren lassen. Er möchte wissen, wer die deutschen Unterthanen wären, die, wie der Reichskanzler gesagt, durch die Freihafenstellung in ihren Interessen geschädigt werden — jedenfalls nur die Spritmänner. Redner erklärt Namens seiner Partei, daß sie keinen Haß gegen den Kanzler fühle; sie sei immer froh gewesen, wenn sie einer Bismarck'schen Maßregel hätte zustimmen können. Die Fortschrittspartei habe stets die Ideale der Nation getragen. Im vorliegenden Falle handele es sich um Aufrechterhaltung des bestehenden Rechts, der Vorwurf des Partikularismus sei unhaltbar. Die Politik des Reichskanzlers sei eine Augenblickspolitik, ihr mangele die Stetigkeit; dadurch komme man zu keinem konstitutionellen Staatsleben, zu keinem organischen Ganzen. Nichts sei entsetzlicher wie die gegenwärtig über das Reich gebreitete Stagnation; der Kanzler solle nur einmal wieder deutsche Politik machen. Finanzminister **Bitter**: Die Frage wegen der Freihandelsstellung Hamburgs sei an das Ministerium nicht gerichtet, von demselben also auch nicht beantwortet worden. Es denke Niemand daran, Hamburgs verfassungsmäßigen Rechten zu nahe zu treten. Die Bestimmung über die Zollgrenze auf der Elbe in der neuen Elbschifffahrtsakte sei bereits 1873 in Vorschlag gebracht worden, könne sonach nicht mit der Hamburger Freihandelsstellung in Beziehung gebracht werden. Altona wünsche seine Einbeziehung in das Zollgebiet selbst dringend. v. **Bennigsen**: Der von Dr. Delbrück gestellte Vorbehalt würde sich nicht nur auf Deutschland, sondern seiner Fassung nach auch auf Oesterreich beziehen müssen. Es werde kein wesentliches Interesse verletzt, wenn der Vertrag erst nächstes Jahr zu Stande komme, und da jetzt keine Zeit sei, die in Betracht kommenden Verfassungsfragen jetzt zu entscheiden, so beantrage er, die Berathung auszusetzen. Was den gegen Hamburg erhobenen Vorwurf des Partikularismus betreffe, so müsse man die Wahrung berechtigter Lokalinteressen von Partikularismus dem Reiche gegenüber unterscheiden. Seine Partei sei Bismarck dankbar, daß er den nationalen Standpunkt hochgehalten. Wo wäre Deutschland geblieben, wenn es nicht über Reden und Beschlüsse hinausgekommen! Daß man weiter gekommen, sei das unbestrittene Verdienst des deutschen Reichskanzlers. Eine kirchenpolitische Reaction würde auf die Dauer unmöglich sein; aber lange noch würde eine solche, wenn sie einträte, nachwirken. Minister **Hofmann**: Wenn Virchow behaupte, die Fortschrittspartei sei ein besserer Interpret der Reichsverfassung, als der Reichskanzler, so sei das eine starke Zumuthung. Der Kanzler werde seine Ziele fest vor Augen haben, trotz des Widerstands der Fortschrittspartei. In der Elbschifffahrts-Akte sei gar nicht davon die Rede, wer die Zollgrenze festzustellen habe; diese Frage komme also bei Abschluß dieses Vertrages eigentlich nicht in Betracht. Der Vorredner habe gefragt, ob seitens Hamburgs bei den Vorverhandlungen oder im Bundesrathe Widerspruch gegen die fragliche Bestimmung erhoben wurde. Niemals! Er müßte sehr bedauern, wenn die Elbschifffahrtsakte nicht zu Stande käme. v. **Helldorf-Bedra** begründet den von ihm gemeinschaftlich mit v. Seydewitz, Ackermann, Graf v. Kleist-Schmenzin und Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode gestellten Antrag auf unveränderte Annahme der Vorlage, also Verwerfung des Delbrück'schen Vorbehalts. Die konservative Partei halte mit dem Centrum die Fortsetzung des Kulturkampfes für schädlich und werde im Landtage in diesem Sinne stimmen. Man sollte nicht um so unbedeutender Dinge willen Verfassungskonflikte schaffen. v. **Schorlemer-Alst**: Der Reichskanzler habe das Centrum nach oben zu diskreditiren und Zwietracht zwischen die Opposition und das Centrum zu streuen versucht. Das Centrum aber werde den Kampf unter seinem bewährten Führer, der Perle von Meppen, fortsetzen. Die vom Reichskanzler ausgegebene Parole sei gewesen: Ueber die Köpfe des Centrums hinweg Frieden mit Rom. Jetzt wolle man nun ein Handelsgeschäft mit dem Centrum abschließen. Bismarck wolle, das Centrum solle mit ihm durch Dick und Dünn gehen und dafür soll es ab und zu einen Brocken religiöser Freiheit bekommen; die Regierung wolle eine discretionäre Gewalt, die sie vielleicht schärfer anwende, wie die Maigesetze. Der Kanzler habe das Reich als im Rückgange begriffen hingestellt. Wodurch sei das Reich erschüttert worden? durch den Antrag Delbrück. Wie schwach muß das Reich fundirt, wie schwach sein Träger sein, wenn es schon durch diesen Antrag erschüttert werde. Die Annahme des Antrages Bennigsen sei ebenso eine Niederlage des Reichskanzlers als die Annahme des Antrags Delbrück. Minister **Hofmann** bestätigt letztere Bemerkung. Dr. **Delbrück** anerkennt zwar die Richtigkeit der vom Reichskanzler mitgetheilten Protokolle 2c. zum Beweise dafür, daß Delbrück früher den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, bestreitt aber, sich einer unberechtigten Inkonsequenz schuldig gemacht zu haben, indem er eine gekünstelte Erklärung der fragl. Aeußerungen giebt. **Löwe-Bochum**: Die Verfassung sei immer eine so mangelhafte gewesen, daß sie eine freie Entwickelung nicht zulasse. Jetzt beklage man sich, daß diese Verfassung energisch gehandhabt werde. Er halte es bei der großen Bedeutung der Elbe als Handelsweg für einen großen politischen Fehler, wenn die Elbschifffahrtsakte nicht zu Stande komme. Schluß der Debatte wird beantragt, aber abgelehnt. **Lasker** für den Antrag Delbrück. Ein Präcedenzfall zu Gunsten der Regierung liege vor, aber durch Präcedenzfälle würden bestehende Gesetze nicht umgestoßen. Er sei seit Jahren nicht mehr im Stande, die innere Politik des Reichskanzlers zu verstehen. Das Hamburger Projekt war vielleicht national, aber der vorgeschlagene Weg war ein solcher, dem man nicht folgen konnte. Gerade Preußen müsse sich hüten, solche verfassungswidrige Anträge zu stellen, weil es die Gewalt habe, denn noblesse oblige. Der Reichstag lehnte mit Stimmengleichheit den Antrag Bennigsen, den über die streitigen Artikel mit 134 gegen 114 St., sowie den von der Kommission beantragten Vorbehalt mit 138 gegen 110 St. ab. In der Abend-Sitzung findet die dritte Lesung der Elbeakte statt. Die anwesenden Sachsen, ausgenommen die Sozialisten, sind gegen den Vorbehalt.

**Oesterreich.** Der Abgeordnete Wurmbrand bringt einen Antrag betreffs der Erklärung der deutschen Sprache als Reichssprache ein. Taaffe, die Interpellation beantwortend, theilt mit: Die Landesregierung in Serajewo habe den Auftrag, die politischen Behörden in Fällen des Uebertrittes der Mahomedaner zum Christenthum sich jeder Einmischung zu enthalten. Der Vorsteher des Kreisamtes von Vlioka ist von seinem Posten entfernt, weil er den Uebertritt der Mahomedaner zum Christenthum verbot. Herbst beantragt zur Prüfung der Antwort des Justizministers über die Sprachenverordnungsfrage einen Ausschuß einzusetzen.

**Frankreich.** Die Pariser Blätter sind nach einer Meldung der „Post" erfreut darüber, daß **Bismarck** die Zunahme des Partikularismus konstatiren mußte. — Große **Arbeiterstreiks** sind im Norddepartement ausgebrochen: in Roubaix wurden 86, in Tourcoing 49 Fabriken geschlossen. 25,000 Arbeiter haben die Arbeit eingestellt.

**England.** Die „Times" sagt die Rede Bismarcks besprechend: Deutschland werde fortleben, ob Bismarck zeitweilig oder dauernd zurücktritt.

### Locales und Sächsisches.

— **Se. Maj. der König** kam am Sonntag Vormittag nach der Residenz und wohnte, gleich der Familie Sr. K. H. des Prinzen Georg, dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche bei. Ebenso kam Se. Majestät gestern Vormittag von Strehlen aus nach dem königl. Residenzschloß und nahm die Meldungen mehrerer Offiziere, sowie die Vorträge der Staatsminister und höheren Hofchargen 2c. entgegen. Die Rückfahrt nach der k. Villa in Strehlen erfolgte Nachmittags ½2 Uhr.

— **Berlin**, 9. Mai. J. M. die **Königin Carola** von Sachsen traf am Freitag Abend 6 Uhr 20 Minuten zum Besuche J. D. der Frau Prinzessin Luise von Hohenzollern in Begleitung der Hofdame Gräfin Einsiedel und des Kammerherrn von Minckwitz auf dem Anhalter Bahnhof hier ein und wurde daselbst von S. D. dem Prinzen Friedrich von Hohenzollern und dessen Gemahlin willkommen geheißen. Außerdem hatte sich der sächsische Gesandte, Herr von Nostitz-Wallwitz, mit Gemahlin zum Empfange ihrer erlauchten Gebieterin dort eingefunden. Die hohe Frau begab sich mit den prinzlichen Herrschaften alsbald in deren Palais, wo für sie die Räume des Parterregeschosses zur Aufnahme hergerichtet waren. Am Sonnabend Morgen begab sich J. Majestät mit der Frau Prinzessin zunächst zur Morgenandacht in die Hauskapelle zu St. Hedwig in der Niederwallstraße und empfing nach ihrer Rückkehr in's Palais den Gesandten Herrn von Nostitz-Wallwitz mit Gemahlin. In der Mittagsstunde stattete die Königin der Frau Prinzessin Friedrich Carl im königlichen Schlosse einen Besuch ab, bei dem sie eine Toilette von lindenblüthenfarbener brochirter Gaze und einen Hut mit Mohnblumen garnirt trug. Nach dem Dejeuner unternahmen die hohen Herrschaften eine längere Spazierfahrt durch den Thiergarten bei dem Denkmal der Königin Luise vorbei und verweilten dann ziemlich lange im zoologischen Garten, für dessen Bewohner und künstlerische Anlagen J. M. die Königin großes Interesse zeigte. Die Rückfahrt erfolgte dann durch den nach Schöneberg zu gelegenen neuen Stadttheil, durch das Potsdamer Viertel, am Kanal entlang nach dem Halle'schen Thor, über den Belle-Alliance-Platz in's Palais. Nach kurzer Promenade in dem hinter dem Palais gelegenen Park wurde das Diner eingenommen, nach welchem der Prinz und die Prinzessin J. Majestät das Geleit nach dem Anhalter Bahnhof gaben, von wo die Rückreise nach Dresden um 8 Uhr 30 Minuten Abends erfolgte.

— Herr Generalstaatsanwalt Dr. v. **Schwarze** ist vor acht Tagen von seiner Inspektur in Gotteß bei Bojen so gestärkt zurückgekehrt, daß er seinen anstrengenden Dienst im vollen Umfange wieder angetreten hat. Zuhörern, die ihn gestern über eine Stunde vor dem Landesgericht plaidiren hörten, versichern, daß sein Organ allen Anforderungen einer parlamentarischen Wirksamkeit gewachsen ist. Aerztlicherseits hält man das öffentliche Sprechen unseres verehrten Mitbürgers sogar als Heilmittel zum vollständigen und freien Gebrauche seiner einflußreichen Stimme.

— Dem Mitgliede der Kgl. Generaldirektion, Hrn. Finanzrath Opelt, ist auch für den aus Staatsmitteln auszuführenden Bau einer schmalspurigen **Secundäreisenbahn** von Wilsau über Kirchberg nach Saupersdorf das Commissariat übertragen worden.

— Das Wasser der Elbe ist noch immer rapid gestiegen und leider soll von Böhmen herunter **noch mehr Wasser**, bis zu 2 Meter über 0, zu erwarten sein. Nicht leicht wohl wird in Dresden ein Etablissement von Elementarereignissen so arg heimgesucht, als das bekannte Heldgische Restaurant an der Elbe. Es ist in diesem Jahre bereits das dritte Mal,